

„Wer trägt wie viel zur Staatsfinanzierung bei?“

Mag.^a Christine Mayrhuber, Ökonomin am WIFO

Der Sozialstaat umfasst viele Bereiche, diese reichen von der Absicherung gegen Risiken unseres hoch arbeitsteiligen Produktionssystems (Arbeitsunfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit etc.), über die Angebote an sozialen Dienstleistungen bis hin zu Umverteilungsaktivitäten. Das österreichische System aus öffentlichen Abgaben und Sozialtransfers nimmt erheblich Einfluss auf die verfügbaren Einkommen und den materiellen Wohlstand privater Haushalte. Die an den Staat abgeführten direkten und indirekten Steuern sowie Sozialabgaben zählen sowohl zu den wesentlichen Umverteilungsinstrumenten und bilden gleichzeitig auch die Finanzierungsgrundlage für die staatliche Tätigkeit insgesamt.

Im Jahr 2021 lag das Einnahmenvolumen der öffentlichen Haushalte (aller Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger) bei rund 195,6 Mrd. €, das entsprach einer Staatseinnahmenquote von 50,1% und damit der Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung. Den größten Anteil daran hatten die Steuereinnahmen mit 28,0 Prozentpunkten, die sich etwa zur Hälfte aus den indirekten (beispielsweise Lohn- und Einkommensteuer) und direkten Steuern (beispielsweise Mehrwertsteuer) zusammensetzten. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer:innen und Unternehmen machten weitere 15,9 Prozentpunkte und die sonstigen Einnahmen 6,2 Prozentpunkte (beispielweise Gewinnausschüttungen öffentlicher Unternehmen) der Wirtschaftsleistung aus. Bezogen auf alle Staatseinnahmen stellen die Sozialbeiträge mit rund 33% die größte Finanzierungsquelle dar, gefolgt von den direkten bzw. indirekten Steuern mit jeweils rund 28% an den Gesamteinnahmen.

Auf der Grundlage der WIFO-Umverteilungsstudie (Rocha-Akis et al. 2019) wird gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen in Österreich zur Finanzierung staatlichen Handelns beitragen.

„Fair und zukunftsfähig? Was braucht unser Steuer- und Abgabensystem?“

Sarah Godar, Ph.D., wissenschaftliche Mitarbeiterin am EU Tax Observatory

Einnahmen sichern, die Einkommensverteilung korrigieren, im Standortwettbewerb bestehen und nebenbei noch die Weichen Richtung Energiewende stellen - die Anforderungen an das Steuersystem sind komplex bis widersprüchlich. Durch die zunehmende Mobilität von Kapital und Arbeit scheint linke Steuerpolitik seit langem in der Defensive. Doch auch der wirtschaftsliberale Trend zu höheren Verbrauchsteuern steht infrage durch steigende Energiepreise und Inflation. Dennoch steht der Rückzug des Staates gerade nicht auf der Agenda. Stattdessen wird Neues probiert wie die Übergewinnsteuer, Informationsaustausch über offshore-Vermögen und globale Mindeststeuer für multinationale Unternehmen. Hier öffnen sich Spielräume für eine stärkere Besteuerung hoher Vermögen und Kapitaleinkommen. Denn wer sonst könnte die wachsende Krisenlast noch stemmen?